

**Zeitschrift:** Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire  
**Herausgeber:** [s.n.]  
**Band:** 6 (1999)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Ein Blick auf eine Debatte, die noch nicht stattgefunden hat  
**Autor:** Chiquet, Simone  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-17732>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

---

## EIN BLICK AUF EINE DEBATTE, DIE NOCH NICHT STATTGEFUNDEN HAT

SIMONE CHIQUET

Als Susanna Burghartz an der 9. Historikerinnentagung vom 13./14. Februar 1998 unter dem Titel *Geschlecht hat Methode* das «Ignorieren der Kategorie Geschlecht» in den Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges zum Thema machte und schlüssig darlegte, dass das analytische Potential dieser Kategorie bei weitem nicht ausgeschöpft ist,<sup>1</sup> gab es wohl kaum jemanden, der ihr im Grundsatz nicht zugestimmt hätte. Die in der Folge von *traverse* publizierten Beiträge Jakob Tanners<sup>2</sup> und Regula Stämpfli<sup>3</sup> formulierten denn auch keine generellen Vorbehalte, sondern griffen Fragen auf, die sich aus ihren je unterschiedlichen Forschungsperspektiven kritisch mit den von Susanna Burghartz benannten blinden Flecken auseinandersetzten. Während Jakob Tanner u. a. auf die Möglichkeit hinwies, ökonomische Theorien auf «Untersuchungsgebiete auszudehnen, für welche die Kategorie Geschlecht relevant ist»,<sup>4</sup> und nachdrücklich für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der Geschlechtergeschichte plädierte, zeigte Regula Stämpfli am Beispiel des Entscheids für das *Réduit national*, wie die Kategorie Geschlecht als «analytisches Forschungsinstrument»<sup>5</sup> in bezug auf die schweizerische Militärgeschichte erfolgversprechend angewandt werden kann. Beide betonten explizit, dass sie die Analyse teilen würden, die an der Historikerinnentagung erstmals öffentlich formuliert wurde.

Es stellt sich nun die Frage, wieso in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges die Kategorie Geschlecht ausgeblendet bleibt, obschon die Forderung nach deren Berücksichtigung – auch ausserhalb der beiden erwähnten Beiträge – durchaus konsensfähig ist. Liegt der Grund dafür in der *inhaltlichen Ausrichtung*, die vor allem 1997 und 1998 wirtschaftshistorische Themen in den Mittelpunkt des Interesses rückte, bei denen andere Erklärungs- und Analysekatoren vorrangig sind? Oder liegt der Grund möglicherweise darin, *wie und von wem* die Auseinandersetzungen – unabhängig von ihrer jeweiligen Themenkonjunktur – geführt wurden? Involviert waren ja nicht nur Historikerinnen und Historiker, die eine *wissenschaftliche* Auseinandersetzung im Rahmen universitärer Kolloquien und an Fachtagungen führten, sondern auch Politikerinnen und Poli-

tiker, die in einer *politischen* Auseinandersetzung ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen hatten. Eine Unterscheidung übrigens, die – das zeigte sich in den letzten Jahren deutlich – nicht immer leicht zu machen ist, zumal sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Auseinandersetzung in erheblichem Masse über Medien geführt wurden, die eine grosse Öffentlichkeit versprachen.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund geht es *erstens* sowohl darum, die in der jüngsten Vergangenheit von einer breiten Öffentlichkeit disputierten Themen Revue passieren zu lassen, als auch – ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen – auf deren wissenschaftliche und politische Relevanz einzugehen. *Zweitens* sollen anhand des – von Jakob Tanner und Regula Stämpfli betonten – Zusammenhangs zwischen Kriegswirtschaft, Militär und Geschlechterordnung Überlegungen zum Nutzen der Geschlechtergeschichte für die künftigen Debatten angestellt werden. Als These sei vorweg festgehalten, dass die Ausblendung der Kategorie Geschlecht weniger mit der inhaltlichen Ausrichtung der Auseinandersetzungen erklärt werden kann als damit, wie die Auseinandersetzungen geführt wurden: Denn eine *Debatte im Sinne einer prozesshaften, an Argumenten orientierten Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Thesen und Interpretationsangeboten* hat bislang noch gar nicht stattgefunden. Stattgefunden hat lediglich eine politische Auseinandersetzung, die komplexe historische Zusammenhänge medienwirksam auf schlagzeilenfähige Statements reduzierte.

## DER «VERMEINTLICHE»<sup>6</sup> ANFANG DER DEBATTEN

Spätestens seit der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding (MOU) am 2. Mai 1996<sup>7</sup> und der darauf folgenden Einsetzung des Independent Committee of Eminent Persons (ICEP) unter der Leitung des früheren amerikanischen Notenbankpräsidenten Paul A. Volcker mit dem Ziel, «nachrichtenlose» Konten und andere Vermögen von Opfern des Nationalsozialismus in Schweizer Banken zu eruieren, gewann die öffentliche Auseinandersetzung um die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges an Intensität. Wie bereits Ende der 80er Jahre, als im Gefolge der «Diamant»-Feierlichkeiten das schweizerische Selbstverständnis kritisch hinterfragt wurde, rückten nun Themen in den Mittelpunkt des Interesses, die sich als wenig geeignet für heroisierende Interpretationen erwiesen. Den Anfang machten Fragen nach dem Gebaren der Schweizer Banken gegenüber Verfolgten während und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie – damit verbunden – Fragen bezüglich der schweizerischen Flüchtlingspolitik seit den 30er Jahren.<sup>8</sup> In der Folge wurde rasch deutlich, dass ■ 161

es nicht bei der Fokussierung auf diese Problematiken bleiben sollte. Während der nächsten Monate gab es kaum mehr etwas, was nicht thematisiert worden wäre: Fragen nach Raubgold, Raubkunst und «Arisierungen» fanden ebenso Eingang in die öffentliche Auseinandersetzung wie Betrachtungen zum schweizerischen Neutralitätsverständnis, zu den Entschädigungsverhandlungen mit osteuropäischen Staaten und zum Washingtoner Abkommen. Es schien, als wären zentrale Bereiche der schweizerischen Zeitgeschichte, die man bislang – wenn überhaupt – lediglich in Fachzirkeln zur Sprache gebracht hatte, mit einem Mal *infotainment*- und damit medientauglich geworden. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass weniger die längerfristig angelegte historische Untersuchung gefragt war als die reisserisch aufgemachte, oberflächliche Geschichte. Parallel dazu wurden in der interessierten nationalen und internationalen Öffentlichkeit verstärkt Stimmen laut, die enerviert nach historisch gesicherten Fakten und beruhigender Orientierungshilfe riefen. Ein Ansinnen, dem die Medien bereitwillig mit einer Flut von Artikeln, Sondersendungen und Diskussionsrunden stattgaben, während Historikerinnen und Historiker mehr oder minder eloquent auf die Schwierigkeiten aufmerksam machten, welche eine unzulängliche Simplifizierung komplexer historischer Zusammenhänge zwangsläufig mit sich bringen.

Damit war die Ausgangslage für eine sachliche Auseinandersetzung denkbar ungünstig. Die Debatte war – kaum hatte sie begonnen – bereits beendet. Erschwerend kam hinzu, dass die aufgeworfenen Fragen politisch von grösster Brisanz waren. Nicht nur, dass sich die Bankenausschüsse des US-amerikanischen Senats und des Repräsentantenhauses für Schweizer Geschichte zu interessieren begannen. Im Oktober 1996 kündigte die amerikanische Regierung an, dass sie eine Untersuchung über die vom nationalsozialistischen Regime geraubten Vermögenswerte und die Rolle der neutralen Staaten durchführen wolle.<sup>9</sup> Als das Parlament am 13. Dezember 1996 einstimmig den dringlichen «Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge nationalsozialistischer Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte» verabschiedete und damit die rechtliche Grundlage für die Einsetzung der Unabhängigen Expertenkommission schuf, war der Interessenkonflikt zwischen Politik und Geschichtswissenschaft bereits gross. Die Historikerinnen und Historiker, die von einer grundlegenden *Auseinandersetzung mit Geschichte* sprachen, hofften zum dritten Mal nach 1989 und 1995 auf eine spannende Kontroverse um Interpretationszusammenhänge, während die Politikerinnen und Politiker, die für eine sogenannte *Aufarbeitung der Geschichte* plädierten, meinten, mit der Einforderung historischen Fachwissens aus politischen Problemen rechtliche Lösungen fabrizieren zu können.

## DIE HOHEN ERWARTUNGEN AN DIE UNABHÄNGIGE EXPERTENKOMMISSION

Als die Unabhängige Expertenkommission im Frühjahr 1997 ihre Arbeit aufnahm, sah sie sich mit sehr hohen Erwartungen konfrontiert. Zum einen war ihr mit den im Bundesbeschluss vom 13. Dezember 1996 festgelegten Untersuchungsfeldern<sup>10</sup> ein längerfristiges Forschungsvorhaben übertragen worden, das der «Komplexität der Fragestellungen und der inhaltlichen Reichweite der Probleme»<sup>11</sup> durchaus Rechnung trug. Zum andern erhoffte sich – angesichts der Vielzahl offener Fragen – eine zunehmend verunsicherte Öffentlichkeit und mit ihr eine Anzahl Politikerinnen und Politiker, dass der im Bundesratsbeschluss vom 19. Dezember 1996 festgelegte Zweck, wonach die «Untersuchung der allgemein historischen Wahrheitsfindung [dienen] und Klarheit schaffen [soll] über den Umfang und das Schicksal der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte»,<sup>12</sup> möglichst rasch erreicht werde. Die Schwierigkeiten, die sich aus diesen widersprüchlichen – wenn auch legitimen – Erwartungen zwangsläufig ergaben, wurden schnell deutlich. Während man beispielsweise in der Öffentlichkeit bereits frühzeitig über den Umfang der Nazifluchtgelder spekulierte, die mit Hilfe des Finanzplatzes Schweiz transferiert wurden, musste Jakob Tanner, Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission, an der Tagung des Schweizerischen Bundesarchivs und der Task Force EDA vom 25. Februar 1997 darauf aufmerksam machen, dass «bis heute *unklar* [ist], *wieviel* in diesem Bereich *unklar* ist».<sup>13</sup> Eine Aussage, die zweifelsohne richtig und notwendig war, aber auch eine Aussage, die mehr Fragen als Antworten verhiess.

In den folgenden Monaten spitzten sich die Interessengegensätze zu, ohne dass sie als solche wahrgenommen worden wären: begleitet von immer neuen «Enthüllungen» formulierte die Unabhängige Expertenkommission ihr Forschungskonzept und begann mit dessen konkreten Umsetzung. Gleichzeitig wartete die Öffentlichkeit vergeblich darauf, dass man ihr endlich die Wahrheit und nichts als die Wahrheit auf den Tisch legen würde. Zusätzlich an Brisanz gewann die Situation dadurch, dass parallel zur Unabhängigen Expertenkommission nicht nur die vom Volcker-Komitee mandatierten Revisionsfirmen die Arbeit aufnahmen, sondern auch viele schweizerische Unternehmen Historikerinnen und Historiker mit Untersuchungen beauftragten. Und es waren vor allem die mit Spezialaufträgen versehenen Forschungsgruppen, welche erneut das Untersuchungsfeld der «nachrichtenlosen» Vermögen ins öffentliche Bewusstsein rückten. Gleichzeitig konzentrierte sich das Interesse in diesen Monaten auf die Frage des Raubgoldes. Vor allem Forschungen und Publikationen aus dem englischsprachigen Raum warfen die Frage nach den Verstrickungen der Schwei-

zerischen Nationalbank in die Geschäfte der Reichsbank auf.<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang war bemerkenswert, dass die entsprechenden Publikationen wenige neue Fakten präsentierten, ja teilweise hinter dem Wissensstand der 80er und frühen 90er Jahre zurückblieben. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass der Ruf nach «Wahrheit» und «Fakten» immer deutlicher zu vernehmen war, so dass sich auch viele Politikerinnen und Politiker mit der Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges zu befassen begannen. Symptomatisch für diese Entwicklung waren die vielen parlamentarischen Vorstösse, die 1997 eingereicht wurden: In über 20 Interpellationen, Motionen, Postulaten und Einfachen Anfragen ging man gleichermassen auf die allgemeinen innen- und aussenpolitischen Implikationen der aktuellen Auseinandersetzungen<sup>15</sup> wie auf einzelne historische Fragestellungen<sup>16</sup> ein. Deutlich wurde dabei die starke Verunsicherung im gesamten politischen Spektrum und, damit verbunden, die Einsicht in die Notwendigkeit, endlich mehr wissen zu müssen: eine Einschätzung, die gegen Ende des Jahres durch die London Conference on Nazi Gold bekräftigt wurde.<sup>17</sup>

## DIE ZÖGERLICHE DEBATTE UNTER HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

Ein Blick auf die 1997 in Fachzeitschriften und -verlagen veröffentlichten Beiträge und Bücher macht deutlich, in welcher starkem Masse die in einer breiten Öffentlichkeit geführte Auseinandersetzung die Auswahl der von Historikern erörterten Fragen beeinflusste. Auch hier standen die «nachrichtenlosen» Vermögen und das Raubgold im Zentrum des Interesses. Neben den Veröffentlichungen der Historiker Peter Hug und Marc Perrenoud, die auf die in der Schweiz liegenden Guthaben von Naziopfern eingingen,<sup>18</sup> und der Lizentiatsarbeit von Michel Fior über *Die Schweiz und das Gold der Reichsbank*,<sup>19</sup> fanden diese beiden Themen häufig Eingang in Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, die von Historikern verfasst wurden.<sup>20</sup> Dass während der am 21./22. November 1997 in Genf stattfindenden Tagung «La Suisse pendant la deuxième guerre mondiale» der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, die eine breite Palette von Themen präsentierte,<sup>21</sup> einmal mehr die Frage der Bewertung schweizerischer Goldübernahmen dominierte, kann schon beinahe als folgerichtig apostrophiert werden.<sup>22</sup>

Nicht dass sich Historikerinnen und Historiker nicht auch mit anderen Fragestellungen beschäftigt hätten. Im Gegenteil: Gewissermassen hinter den Kulissen und deshalb weniger öffentlichkeitswirksam wurden 1997 zahlreiche Untersuchungen angestrengt. Grossen Raum nahmen dabei beispielsweise die wirt-

schaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Nazideutschland ein, wobei eine ganze Reihe von Arbeiten initiiert wurden, die sich mit einzelnen Firmen und deren Handlungsverantwortlichen befassen.

Als Indikator für diese Entwicklung können die Zahlen über die Benutzung von Akten im Schweizerischen Bundesarchiv herangezogen werden: Für 1997 war eine Benutzungssteigerung um circa 60% (gemessen an den Benutzungstagen und den vorgelegten Akteneinheiten) zu verzeichnen, die «in erster Linie auf das aktuelle Interesse an der Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg» zurückzuführen war.<sup>23</sup> Die von den Benutzerinnen und Benutzern angegebenen Forschungsfelder galten vor allem wirtschaftshistorischen Fragestellungen, wobei – wie bereits erwähnt – das Interesse vorrangig der Untersuchung von einzelnen Firmen und deren Handlungsverantwortlichen galt. Bemerkenswerter als diese inhaltlichen Schwerpunkte ist die Tatsache, dass 1997 – auf dem Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen – von der historischen Zunft deutlich weniger publiziert wurde als in den Jahren zwischen den «Diamant»-Veranstaltungen und den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Eine erste Auswertung der von der Schweizerischen Landesbibliothek auch über Internet zugänglich gemachten umfangreichen Bibliographie sowie der Literaturverweise in den 1997 und 1998 erschienenen Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch macht deutlich, dass die meisten Fragen, die 1997 die breite Öffentlichkeit beschäftigten, bereits Jahre zuvor ausgiebig debattiert worden waren. Es scheint, als hätten amerikanische Senatoren sowie nationale und internationale Medienunternehmen die Frage nach der Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs just zu einem Zeitpunkt entdeckt, als sich die Historikerinnen und Historiker nach einer Phase der intensiven Auseinandersetzung auf eine längerfristig ausgerichtete Forschungsstrategie eingestellt hatten. Ein prominentes Beispiel dafür mögen die Arbeiten an den *Diplomatischen Dokumenten der Schweiz* sein, deren Herausgeber bereits Ende der 70er Jahre mit der Bearbeitung der Zeit zwischen 1938 und 1948 begonnen hatten.<sup>24</sup>

## DER WEITGEHENDE VERZICHT AUF EINEN STREIT UM METHODEN

Diese Vorleistungen wurden jedoch in einer breiten Öffentlichkeit kaum rezipiert. Hier rückte nach einer eher ruhigen Phase mit dem ersten Zwischenbericht der Unabhängigen Expertenkommission über *Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg* erneut die Raubgoldfrage ins Zentrum des Interesses.<sup>25</sup> Wer jedoch gehofft hatte, endlich eine spannende, an der gewähl-

ten Methode und den vorgestellten Zahlen bzw. Analysen orientierte Debatte zu erleben, sah sich enttäuscht. Zwar äusserten Historiker vereinzelt Kritik an der Methode und – wie sich der Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Lausanne Jean-Christian Lambelet in der «Neuen Zürcher Zeitung» ausdrückte – am mangelnden «professionellen Abstand» der Kommission.<sup>26</sup> Für einen Disput, der diesen Namen verdient hätte, reichte es jedoch nicht. Über die Gründe kann vorläufig nur spekuliert werden: Folgt man der Argumentation von Georg Kreis, der in seinem Artikel «Vier Debatten und wenig Dissens» auch auf die mangelnde Streitlust der Historikerzunft eingeht,<sup>27</sup> waren die aufgeworfenen Fragen für das kollektive Selbstverständnis offenbar nicht in dem Masse zentral, dass man sich darüber hätte streiten müssen. Dies ist nicht zuletzt deshalb bedauerlich – und damit kommen wir zurück zur Ausgangsfrage nach den Gründen für das «Ignorieren der Kategorie Geschlecht» –, weil darauf verzichtet wurde, methodische Überlegungen zu debattieren. Eine folgenreiche Unterlassung, geht doch durch die starke Simplifizierung historischer Fragestellungen in der politischen Auseinandersetzung sonst schon leicht vergessen, welche Voraussetzungen für eine seriöse Auseinandersetzung mit Geschichte unabdingbar sind. Und dazu gehört nicht nur, dass die inhaltlichen Ergebnisse der eigenen Recherchen für alle Interessierten überprüfbar sein müssen. Dazu gehört, sich und anderen Rechenschaft darüber abzulegen, mit welchen Parametern geforscht wird. Aber genau hier gibt es ein Problem. Seit Fragen nach dem Finanzplatz Schweiz während und nach dem Zweiten Weltkrieg Hochkonjunktur haben, begnügen sich viele – teilweise auch Historikerinnen und Historiker – mit dem *factfinding*: im Zusammenhang etwa mit den das Jahr 1998 dominierenden Recherchen nach Raubgold und Raubgütern oder angesichts der brisanten Fragen nach schweizerischer Fluchthilfe für Naziverbrecher. Nicht etwa, dass Fakten unwichtig wären, beileibe nicht. Ohne jedoch deutlich zu machen, nach welchen Fakten man aufgrund welcher Fragestellungen sucht, bleiben die Resultate im besten Fall nichtssagend, während sie im schlimmsten Fall in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert werden.

Geschlechtergeschichtliche Ansätze können nicht nur für die Untersuchung derjenigen gesellschaftlichen Bereiche von Interesse sein, in denen Frauen tätig waren. Mit geschlechtergeschichtlichen Ansätzen lassen sich durchaus Zusammenhänge aus anderen Bereichen der politisch und wirtschaftlich relevanten Definitions- und Entscheidungsprozesse analysieren. Geschlechtergeschichte hat denn auch – vor allem im englischsprachigen Raum – schon lange nichts mehr damit zu tun, nach Frauen in der Geschichte zu suchen und sich darauf zu beschränken, die Rolle der Frauen in ihren Handlungs- und Verantwortungsbereichen zu untersuchen. Desgleichen sollte das «Thema Frauen» nicht in den

Hans Ulrich Jost in einer seiner neusten Publikationen vorschlägt.<sup>28</sup> Vielmehr geht es darum, die Kategorie Geschlecht als analytische Grösse, als *einen* Parameter in einer Prozessanalyse, zu identifizieren, deren Zweck es ist, die gesellschaftlich verhandelten Orientierungshilfen und Interpretationsangebote in ihrer historischen Perspektive zu untersuchen. Um diese Zielvorstellung konkretisieren zu können, sei abschliessend kurz auf einen Zusammenhang zwischen Kriegswirtschaft, Militär und Geschlechterordnung eingegangen, der bislang viel zu wenig diskutiert worden ist: der Zusammenhang zwischen Reduitmythos und Erinnerungspolitik.<sup>29</sup>

## NEUE MYTHOLOGISIERUNGEN

In der politischen Auseinandersetzung um Orientierungshilfen und Interpretationsangebote dominieren seit 1989 zwei Fragen.<sup>30</sup> *Zum einen* wird die Frage nach der entscheidenden Relevanz militärischer Strategien und wirtschaftlicher Kooperation für die erfolgreiche Verteidigung der Schweiz und damit die Wirksamkeit der – vor allem in den ersten Nachkriegsjahren als hervorragend eingeschätzten – Reduitstrategie zur Diskussion gestellt. *Zum andern* ist erstmals kontinuierlicher der Frage nachgegangen worden, welche Bedeutung die von Frauen erbrachten militärischen und zivilen Leistungen seit der ersten Hälfte der 30er Jahre für die Ausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses hatten. Beiden Fragen ist gemeinsam, dass sie politisch wichtig sind, genug Stoff für Kontroversen bieten und Raum lassen für Spekulationen. Hochkonjunktur haben leider vor allem letztere: Während man im ersten Fall mit vielen Wenn-und-Aber-Konstruktionen am Reduitmythos arbeitet und auf diese Weise die über Jahrzehnte gültige Orientierungshilfe schrittweise an andere Interpretationsangebote anpasst, werden im zweiten Fall relativ unbelastet von Detail- und Übersichtsstudien neue und durchaus mehrheitsfähige Mythen kreiert. Da beide Diskussionen isoliert voneinander geführt werden, lassen sich die wechselseitigen Bezüge zwischen der gesellschaftlichen Verhandlung alter und neuer Mythen kaum aufzeigen. Es könnte indessen interessant sein, die pauschalisierende Aussage, *die* Männer seien an der Grenze gestanden und hätten sich im Reduit verschanzt, mit der ebenso pauschalisierenden Aussage, *die* Frauen hätten während des Aktivdienstes die Männer ersetzt, auf ihren jeweiligen Gehalt hin zu überprüfen und anschliessend miteinander zu konfrontieren.

Nehmen wir beispielsweise die «Tabelle der von sämtlichen Truppen der Schweizerischen Armee in den Jahren 1939–1945 geleisteten Aktivdiensttage» in zwei Bänden und die von der Sektion Mobilmachung im Armeekommando ■ 167

zusammengestellten «Mobilmachungskalender».<sup>31</sup> Bereits anhand dieser Unterlagen lässt sich feststellen, dass die Militärdienst leistenden Soldaten und Offiziere in ein ausgeklügeltes, wenn auch nicht immer verständliches System von Aufgebotsen und Entlassungen integriert waren. Feldarmee und Grenztruppen hatten nach dem 2. September 1939, an dem rund 430'000 Militärdienst- und 200'000 Hilfsdienstpflichtige mobilisiert wurden,<sup>32</sup> im Laufe der Jahre gemäss den jeweiligen Operationsbefehlen höchst unterschiedliche Bestände. Am 11. November 1940, also knapp drei Monate, nachdem mit dem Operationsbefehl Nr. 12 auch die 6. Division ins Reduit verlegt worden war,<sup>33</sup> hatte beispielsweise die Feldarmee einen Bestand von rund 59'000 Mann, und die Grenztruppen wiesen einen solchen von rund 24'000 Mann auf (ohne Flieger- und Fliegerabwehrtruppen).<sup>34</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, in welchem Masse sowohl innerhalb der Armee als auch unter den militärischen und politischen Verantwortlichen die Frage der Entlassungen bzw. Beurlaubungen generell diskutiert wurde. Auf der einen Seite warnte die Armeeführung während der ganzen Dauer des Aktivdienstes eindringlich davor, die «Sicherheit unseres Landes abhängig zu machen von dessen wirtschaftlicher Prosperität»<sup>35</sup> und laufend die «landwirtschaftlichen Bedürfnisse» in Rechnung zu stellen.<sup>36</sup> Auf der anderen Seite verwies der Bundesrat mehrmals auf die Notwendigkeit, namentlich auf das Anbauwerk Rücksicht zu nehmen.<sup>37</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen und der schwankenden Bestandeszahlen stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Zahl der erwerbstätigen Frauen während der Jahre 1939–1945 – etwa im Dienstleistungssektor – zu den jeweiligen Truppenbeständen stand. Oder anders gefragt: Lässt sich zwischen einem Anstieg bzw. Rückgang der Anzahl erwerbstätiger Frauen ein Zusammenhang zu einem Anstieg bzw. Rückgang der Bestandeszahlen herstellen? Sollte dies der Fall sein, wäre der Anteil der Frauen in einzelnen Erwerbszweigen – wenn überhaupt – nur während kurzer Phasen deutlich höher als in den Vorkriegsjahren. Weiter gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass nach dem damals geltenden Recht, den Frauen und Männern, die nach 1940 aushilfsweise einer Erwerbsarbeit nachgingen, innerhalb von drei Tagen gekündigt werden konnte: eine Regelung, die den Militär- und Hilfsdienstpflichtigen ihren Arbeitsplatz sichern sollte. Bei diesen Überlegungen stossen wir auf ein weiteres Problem. Zwar lassen sich aufgrund der verfügbaren Statistiken Angaben über die Erwerbsarbeit der Frauen eruieren. Die Zahlen, die für das Jahr 1941 im Vergleich zu 1930 einen Rückgang der Vollzeitwerbsarbeit der Frauen ausweisen, sind aber mit Vorsicht zu geniessen.<sup>38</sup> Zum einen fehlen verlässliche Angaben zur jährlichen

168 ■ Entwicklung während des fraglichen Zeitraums. Zum andern ist die Aus-

sagekraft der absoluten Zahlen relativ (keine Berücksichtigung der vergleichsweise höheren Erwerbsquote der Ausländerinnen oder der demographischen Entwicklung). Erschwerend kommt hinzu, dass es bislang keine Untersuchungen gibt, welche einen genaueren Überblick über die Erwerbssituation der Frauen während des Zweiten Weltkrieges geben.

Doch was hat das mit dem Reduitmythos und der Erinnerungspolitik zu tun? In den letzten Jahren setzte sich – nicht zuletzt beeinflusst durch die Kritik an den «Diamant»-Feierlichkeiten – ein neues Interpretationsangebot in bezug auf die Einschätzung der von Frauen geleisteten Arbeiten durch. Zwar werden geschlechtergeschichtliche Ansätze für Fragestellungen, die man im Zuge der Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz vorrangig diskutiert, noch immer ignoriert. Im Gegensatz zu früher finden aber *die* Frauen immer wieder Erwähnung: leider vorzugsweise in neuen Heroisierungen. Das ist um so bemerkenswerter, als die alten Mythen seit den ausgehenden 80er Jahren an Wirksamkeit eingebüsst haben. Es ist dies eine Entwicklung, die möglicherweise damit erklärt werden kann, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt orientierungsstiftende Mythologisierungen nur noch bei denjenigen Fragen Aussicht auf Konsensfähigkeit haben, zu denen Forschungsergebnisse fehlen. Offenbar besteht unter dem Eindruck des Verlustes an überzeugenden Interpretationsangeboten das Bedürfnis, zumindest in einigen wenigen Bereichen Gewissheiten formulieren zu können. So sagen die pauschalisierenden Aussagen, *die* Männer seien an der Grenze gestanden bzw. *die* Frauen hätten während des Aktivdienstes die Männer ersetzt, weniger über die damalige Situation von Frauen und Männern aus als über die aktuelle Sicht auf die 30er und 40er Jahre. Und sie verweisen darauf – und damit zurück zur eingangs gestellten Frage –, *wie* und *von wem* die Auseinandersetzungen der letzten Jahre in erster Linie geführt wurden: Es fand keine Debatte unterschiedlicher Thesen, Interpretationsangebote und Methoden unter Historikerinnen und Historikern statt, sondern lediglich eine politische Auseinandersetzung um die Frage, wie wohl Geschichte am kostengünstigsten «aufzuarbeiten» sei. Dass dabei die Kategorie Geschlecht bzw. deren Konstruktion nicht in die Auseinandersetzung einbezogen wurde, hat denn auch nichts mit deren inhaltlicher Schwerpunktsetzung zu tun, sondern mit einem grundsätzlichen Mangel an Theorie- und Methodendiskussionen. Vor diesem Hintergrund ist die Gelegenheit, neue Akzente zu setzen, inzwischen ausgesprochen günstig. Der Themenkomplex «Schweiz – Zweiter Weltkrieg» hat an politischer Brisanz und öffentlichem Interesse eingebüsst. So gesehen ist die Ausgangslage geradezu ideal, endlich eine Debatte zu führen, die diesen Namen verdient: eine Debatte auch um die Relevanz der Kategorie Geschlecht.

## Anmerkungen

- 1 Susanna Burghartz, «Blinde Flecken. Geschlechtergeschichtliche Anmerkungen zur aktuellen Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», *traverse* 2 (1992), 145 ff.
- 2 Jakob Tanner, ««Réduit national» und Geschlechterordnung im Zweiten Weltkrieg. Kritische Anmerkungen zu einer Kritik», *traverse* 3 (1998), 117 ff.
- 3 Regula Stämpfli, «Kriegswirtschaft, Militär und Geschlecht. Der Reduitentscheid in geschlechtergeschichtlicher Perspektive», *traverse* 1 (1999), 118 ff.
- 4 Tanner (wie Anm. 2), 123.
- 5 Stämpfli (wie Anm. 3), 118.
- 6 Als «vermeintlich» ist der Ausgangspunkt 1996 deshalb zu qualifizieren, weil die Debatten bereits 1989 im Gefolge der «Diamant»-Feierlichkeiten ihren Anfang nahmen. Siehe dazu Simone Chiquet, «Der Anfang einer Auseinandersetzung: Zu den Fakten, Zusammenhängen und Interpretationen in der Debatte um die «Übung Diamant» 1989», in Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.), *Jubiläen der Schweizer Geschichte 1798 – 1848 – 1998* (Studien und Quellen 24), Bern 1998, 193–229.
- 7 Unterzeichner waren die World Jewish Restitution Organisation (WJRO), der World Jewish Congress (WJC) und die Swiss Bankers Association (SBA).
- 8 Insbesondere der von Guido Koller 1996 publizierte Artikel «Entscheidungen über Leben und Tod. Die behördliche Praxis in der schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs» (Studien und Quellen 22), der genaue Angaben über die Wegweisungen vom Januar 1940 bis im Mai 1945 machte, wirbelte einigen Staub auf.
- 9 Der erste Teil des Untersuchungsberichtes erschien im Mai 1997 unter dem Titel *U. S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II, Preliminary Study*. Der zweite Teil erschien im Juni 1998: *U. S. and Allied Wartime and Postwar Relation and Negotiations with Argentina, Portugal, Spain, Sweden, and Turkey on Looted Gold and German External Assets and U. S. Concerns about the Fate of the Wartime Ustasha Treasury*.
- 10 Art. 1, Abs. 1 und 2.
- 11 Jacques Picard, «Das Forschungsprogramm der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg», in Philipp Sarasin, Regina Wecker (Hg.), *Raubgold, Reduit, Flüchtlinge. Zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*, Zürich 1998.
- 12 Art. 1.
- 13 Jakob Tanner, «Nazifluchtgelder, Operation Safehaven und die Rolle der Schweiz», in Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.), *Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen* (Dossier 6), Bern 1997. Auszeichnungen durch den Autor.
- 14 Wohl am meisten Aufsehen erregte zeitweilig das Buch des Journalisten Tom Bower: *Bloody Money – The Swiss, the Nazis, and the looted Billions*, London 1997.
- 15 Zum Beispiel: Interpellation Pierre Aguet, 3. März 1997: *Verschlechterung des Image der Schweiz und der Schweizer Wirtschaft. Rolle der Banken*; Dringliche Interpellation SP-Fraktion, 4. März 1997: *Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Entwicklungen seit der Dezembersession*; Interpellation Ruth Grossenbacher, 20. März 1997: *Aufarbeitung der Vergangenheit. Information der Öffentlichkeit*; Motion Paul Rechsteiner, 9. Dezember 1996: *Nachrichtenlose Vermögen. Meldepflicht*.
- 16 Zum Beispiel: Dringliche Interpellation Christine Goll, 3. März 1997: *Interhandel-Affäre und Vergangenheitsbewältigung*; Einfache Anfrage SP-Fraktion, 3. Juni 1997: *Die Schweiz und das Raubgold*; Einfache Anfrage Paul Rechsteiner, 19. Juni 1997: *Maurice Bavaud. Rehabilitierung*.
- 17 Die Konferenzunterlagen wurden 1998 vom Foreign & Commonwealth Office publiziert: *Nazi Gold, The London Conference, 2–4 December 1997*; London August 1998.
- 18 Peter Hug, Marc Perrenoud, *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten* (Dossier 4 des Schweizerischen Bundesarchivs),

- Bern 1997; Peter Hug, «Die nachrichtenlosen Guthaben von Nazi-Opfern in der Schweiz», in Georg Kreis, Bertrand Müller (Hg.), *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg*, Basel 1997 (Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte).
- 19 Michel Fior, *Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?* Zürich 1997.
- 20 Genaue Auswertungen darüber, welche Themenkomplexe in verschiedenen Medien wie stark beachtet wurden, finden zur Zeit im Rahmen verschiedener Projekte statt. So beispielsweise auch innerhalb des NFP 42 das Projekt von Matthias Kunz, Gaetano Romano, Pietro Morandi, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Zur Resonanz und Dynamik eines Geschichtsleitbildes anhand einer Analyse politischer Leitmedien zwischen 1970 und 1996*. Ebenfalls zu nennen ist das Projekt von Roger Blum, *Der neue Mediendiskurs über die Schweiz zur Nazizeit als Folge der Debatte um die nachrichtenlosen Vermögen*.
- 21 L'économie suisse entre l'Axe et les Alliés; Politique et pratique de l'asile; Régime des pleins pouvoirs et démocratie; Débat: Vérité et jugements historiques; Table ronde: Souvenirs et mémoire collective.
- 22 Leider fanden die im Anschluss von Philippe Marguerat und Peter Hug formulierten kontroversen Einschätzungen bezüglich der Qualität der Auseinandersetzungen keine grosse Resonanz. (vgl. die jeweiligen Beiträge in der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte (1998) 4.
- 23 Geschäftsbericht 1997, in Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.), *Jubiläen der Schweizer Geschichte 1798 – 1848 – 1998* (Studien und Quellen 24), Bern 1998, 381–398.
- 24 Bd. 12 (1937–1938): 1994; Bd. 13 (1939–1940): 1991; Bd. 14 (1941–1943): 1997; Bd. 15 (1943–1945): 1992; Bd. 16 (1945–1947): 1997.
- 25 Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.), *Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg. Zwischenbericht*, Bern 1998 [Mai].
- 26 *Neue Zürcher Zeitung*, 31. Juli 1998.
- 27 Georg Kreis, «Vier Debatten und wenig Dissens», in: Georg Kreis, Bertrand Müller (Hg.), *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg*, Basel 1997 (Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte).
- 28 Hans Ulrich Jost, *Politik und Wirtschaft im Krieg. Die Schweiz 1938–1948*, Zürich 1998, 221.
- 29 Siehe dazu auch: Jakob Tanner, «Die Krise der Gedächtnisorte und die Havarie der Erinnerungspolitik. Zur Diskussion um das kollektive Gedächtnis und die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs», *traverse* 1 (1999), 16 ff.
- 30 Vgl. zum Stand der Debatten unter Historikerinnen und Historikern auch die von Georg Kreis und Bertrand Müller 1997 herausgegebene Sonderausgabe der *Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte: Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg*.
- 31 BAR E 27 14247, 14251.
- 32 Willi Gautschi, *General Henri Guisan. Die schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg*, 4. Aufl., Zürich 1994, 84 ff.
- 33 BAR E 27, 14286.
- 34 BAR E 27, 14242.
- 35 BAR E 27, Schreiben des Kommandanten des 2. Armeekorps an General Henri Guisan, 17. 4. 1940.
- 36 BAR E 27, 14253, Schreiben General Henri Guisans an Bundesrat Kobel, 22. 12. 1942.
- 37 Siehe beispielsweise BAR E 27, 14253, Brief des Schweizerischen Bundesrates an General Henri Guisan, 12. 1. 1943.
- 38 Für das Jahr 1941 waren noch 570'215 Frauen als Vollzeit-Erwerbstätige aufgeführt (1930: 611'268).